



SZENARIEN



Arbeitslosigkeit könnte sich verdoppeln

Zwei Szenarien halten die Experten inzwischen für realistisch: Entweder eine globale Rezession, die bis weit ins Jahr 2010 anhält und ab 2011 in ein mäßiges weltweites Wirtschaftswachstum übergeht, rund einen Prozentpunkt weniger als im Schnitt der Jahre 2000 bis 2007. Bereits in dieser Variante eines U-förmigen Konjunkturverlaufs käme es zu dramatischen Umbrüchen in der deutschen Industrie: dauerhafter Auftragsrückgang von bis zu 10 Prozent in den Branchen Auto, Maschinenbau, Chemie und Metall, begleitet von drastischem Arbeitsplatzabbau. Bis zu 740.000 Jobs könnten bis 2015 verloren gehen. Weil viele Servicejobs mittelbar an der Industrie hängen, könnten noch einmal doppelt so viele Stellen im Dienstleistungssektor vernichtet werden, schätzt Hilmar Schneider, Direktor beim Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA).

Insgesamt rund zwei Millionen Arbeitsplätze in Deutschland wenige, wohlgemerkt, dies ist das optimistischere der beiden Szenarien. Ob es eintritt, hängt daran, dass keine weiteren Banken zusammenbrechen, dass die weltweit angelaufenen Konjunkturpakete greifen und die Weltmärkte einigermaßen offen bleiben.

Wenn nicht, dann wird das zweite, das pessimistische Szenario zur neuen Realität: Der derzeitige Wirtschaftseinbruch mündet nicht in einen neuen Aufschwung, sondern zunächst in eine Phase der wirtschaftlichen Stagnation, wie sie die Welt seit den 30er Jahren nicht mehr erlebt hat. Erst 2013 begäbe die Weltwirtschaft wieder nennenswert zu wachsen, allerdings nur mit rund einem Prozent pro Jahr. Pro Kopf der Weltbevölkerung gäbe es auf Jahre hinaus keine Wohlstandszuwächse. Ein Szenario, das auch der Internationale Währungsfonds in ähnlicher Form für möglich hält.

Die Auswirkungen eines solchen L-förmigen Konjunkturverlaufs auf die deutsche Industrie wären katastrophal. Mehr als ein Drittel der Industrieproduktion in den fünf Schlüsselbranchen könnte dauerhaft verloren gehen und zu nie dagewesenen Massenentlassungen führen. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland könnte sich gegenüber dem heutigen Stand auf bis zu acht Millionen verdoppeln.

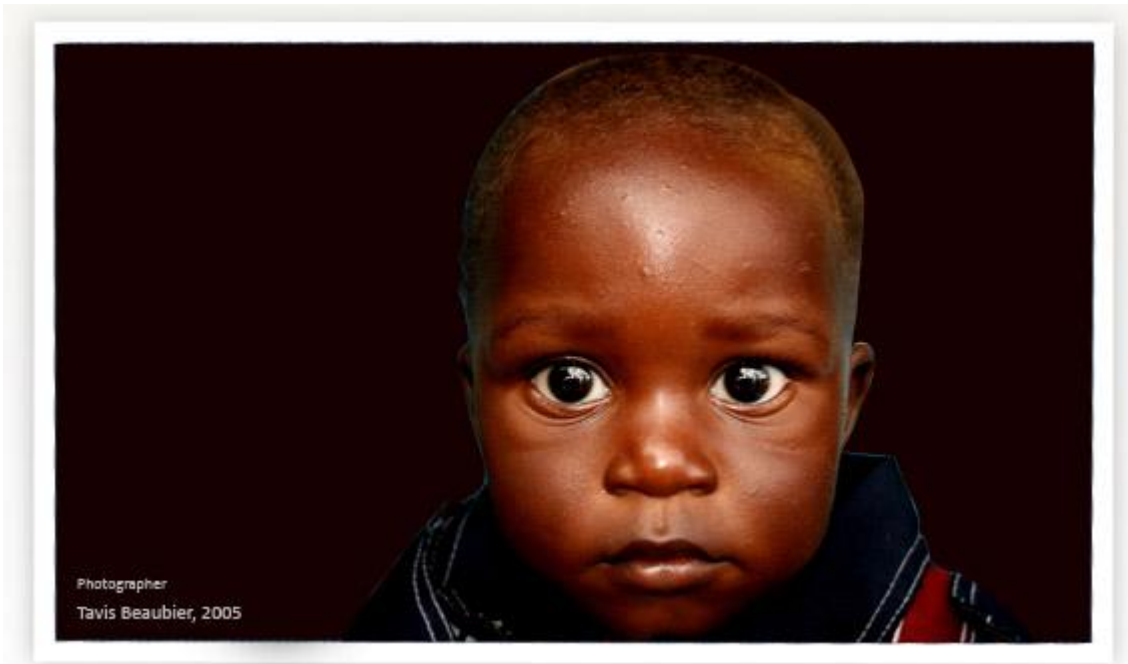
Konsequenzen in Deutschland bis 2025

Zusammenbruch der Migrationsbemühungen

Polarisierung der Gesellschaft

Arbeitslosigkeit und fehlende Bildung als Spaltungsmoment

Wirtschaftskrise verschärft Kinderarbeit



Experten der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) schätzen in ihrem aktuellen Bericht zur Kinderarbeit, dass derzeit weltweit etwa 218 Millionen Kinder zwischen fünf und 17 Jahren arbeiten müssen. Das Risiko für Kinder, regelmäßig arbeiten zu müssen, werde – vor allem in den Entwicklungsländern – durch die internationale Wirtschaftskrise noch verschärft, warnen die Experten. Besonders betroffen seien Mädchen.

Die Kinder gehen nach ILO-Erkenntnissen bezahlter, unbezahlter oder gar Zwangsarbeit nach und erleiden dabei oft erhebliche körperliche wie seelische Schäden. Die weltweite Wirtschaftskrise verschärft diese Notlage weiter, befürchten auch die Organisationen UNICEF und Terre des Hommes. Ein Grund dafür seien Einkommensverluste in den Familien durch den Wegfall von rund 50 Millionen Arbeitsplätzen in Entwicklungsländern und den exportorientierten Schwellenländern, berichtet die ILO. Der Rückgang der Bildungsausgaben in vielen Ländern verstärkte den Trend zu Kinderarbeit ebenfalls. Auch in Industrieländern arbeitende Familienangehörige überwiesen immer weniger Geld nach Hause. Millionen Familien gerieten damit in Existenznot.

Besonders Mädchen sehen die Autoren der ILO-Studie durch den globalen Abschwung gefährdet. Bereits jetzt seien rund 45 Prozent der Kinderarbeiter Mädchen. Der Bericht schätzt, dass rund 100 Millionen Mädchen, davon mehr als die Hälfte unter zwölf Jahren, regelmäßig arbeiten müssen. Mädchen befänden sich außerdem häufig in einer Doppelbelastung, da sie neben der Arbeit auch im eigenen Haushalt helfen müssten. Des Weiteren seien sie dem Risiko von sexuellem Missbrauch ausgesetzt, da die von ihnen verrichtete Arbeit häufig nicht in der Öffentlichkeit stattfinde, schreibt die ILO.

Konsequenzen in Deutschland bis 2025

leider keine

GENERATIONENGERECHTIGKEIT

Die heute gemachten Staatsschulden treffen laut einer Studie vor allem künftige Generationen. Verwerfungen innerhalb der verschiedenen Altersgruppen seien damit vorprogrammiert.



Wer zwischen 1980 und 2000 geboren ist, hat schlechte Karten. Denn diese trifft die schwere Last der Staatsverschuldung am härtesten. Das ist das Ergebnis einer Studie der Berenberg Bank und des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts (HWWI), die am Dienstag vorgestellt wurde. Das Ausmaß der Staatsverschuldung sei besorgniserregend, sagen die Autoren. Sie warnen daher eindringlich vor den Folgen des Lebens auf Pump: Dieses könne zu enormen "intergenerativen Verwerfungen" führen. Soll heißen: Die unterschiedliche Altersgruppen werden sehr verschieden von den Auswirkungen betroffen und belastet sein. Der Studie zufolge hat sich die deutsche Staatsverschuldung in drei Wellen aufgebaut: In den siebziger Jahren beim Ausbau des Sozialstaats. Dann weiter in den neunziger Jahren nach der Wiedervereinigung. Und aktuell in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise. Insgesamt machen die Staatsschulden demnach langfristig rund 80 Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung aus. "Das ist unerfreulich hoch, bringt den Staat aber noch nicht an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit", sagte Jörn Qitzau von der Berenberg Bank. Zum Vergleich: In den USA nähert sich die Staatsverschuldung der Marke von 100 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Schuldenweltmeister Japan kommt sogar auf 200 Prozent. Sorgen bereitet den Wissenschaftlern allerdings die sogenannte implizite Staatsverschuldung, die noch einmal auf die offiziellen Zahlen drauf kommt. Damit bezeichnet man den Unterschied zwischen den Zahlungsverpflichtungen des Staates in der Zukunft und den erwarteten Einnahmen in der Zukunft. "Daraus werden unausweichlich neue Schulden", sagte HWWI-Direktor Thomas Straubhaar. Das Ausmaß der impliziten Staatsschulden für Deutschland bezifferte er auf rund 250 Prozent des BIP.

Konsequenzen in Deutschland bis 2025

Spannungen zwischen den Altersgefügen

Verelendung der Alten und Hochbetagten

Jugendkriminalität und wirtschaftlicher Egoismus in der nächsten Generation

ENTWICKLUNGSLÄNDER

Der Befund der Weltbank klingt dramatisch: Entwicklungsländer leiden besonders unter der globalen Finanzkrise, heißt es in einem aktuellen Bericht der Internationalen Organisation. Arme Länder sind demnach oft stark abhängig von Exporten, sie haben keine Finanzreserven und bekommen keine Darlehen mehr – so haben sie keine Möglichkeit, gegen die Finanzkrise vorzugehen. Die einzige Lösung nach Meinung von Weltbankchef Robert Zoellick: eine enge Zusammenarbeit zwischen Industriestaaten, internationalen Finanzinstitutionen und privater Wirtschaft. "Die globale Krise verlangt nach einer globale Lösung", sagt Zoellick. "Wir brauchen Investitionen in Sicherheitsnetze, Infrastruktur, in kleine und mittlere Unternehmen, um Arbeitsplätze zu schaffen und um soziale und politische Unruhen zu vermeiden." schwebt Joseph Stiglitz vor, der 2001 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften erhielt: Er möchte die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds abschaffen. Diese Forderung erneuerte der Ökonom auf einer Entwicklungshilfe-Konferenz in Berlin. Die Idee von Stiglitz klingt revolutionär. Doch der Amerikaner, ein ruhiger Mann mit sorgfältig gestutztem Bart, steht nicht unter Verdacht, ein Globalisierungsgegner zu sein. Im Gegenteil: Er weiß, wovon er spricht. In den Neunzigern war er Wirtschaftsberater von Bill Clinton, 1997 bis 2000 Chefökonom der Weltbank – dann trat er unter Protest zurück.

Die derzeitigen Institutionen seien nicht mehr zeitgemäß, sagte Stiglitz in Berlin. Zu viele Länder blieben außen vor (wie bei G8- und G20-Treffen) oder hätten zu wenig zu sagen (beim Internationalen Währungsfonds und der Weltbank) – es fehle den Institutionen also an Legitimität. "Die Vereinten Nationen sind die einzige Institution, die den erforderlichen Maßnahmen Nachdruck verleihen kann." Stiglitz schlägt vor, neben dem Weltwirtschaftsrat ein globales Finanzsystem im Rahmen der Uno zu errichten.

Phantastereien sind das nicht: Für Stiglitz bietet die Krise eine Chance, seine Forderungen zu verwirklichen. Er ist Vorsitzender einer Expertenkommission der Vereinten Nationen, die derzeit Vorschläge zur Reform des Internationalen Geld- und Finanzsystems erarbeitet. Anfang Juni sollen auf einer Uno-Konferenz die Ergebnisse der Kommission vorgestellt werden. Die werden radikal, wie Stiglitz in Berlin ankündigte: "Wir brauchen einen Neustart."

Auf einer UN-Konferenz zu den Folgen der weltweiten Wirtschaftskrise haben mehrere Staaten ein größeres Mitspracherecht der Entwicklungsstaaten in den internationalen Finanzinstitutionen gefordert. Entwicklungsländer aus Afrika, Asien und der Karibik verlangten zudem von den reichen Staaten ein Rettungspaket. Die Krise gehe vor allem auf Kosten der Armen, sagte die Außenministerin von Bangladesch, Dipu Moni. „Wenn wir es nicht schaffen, die wirtschaftliche Rezession umzukehren, könnte es zu einer sozialen Rezession kommen, die weit schwerer einzudämmen sein wird.“

Der Ministerpräsident von Belize, Dean Barrow, sagte im Namen der Karibischen Gemeinschaft, die wirtschaftlichen Bedingungen in der Region seien seit der Unabhängigkeit noch nie so schlecht gewesen wie jetzt. Die Rohstoffpreise seien weiter im Keller, die Exporteinnahmen aus der Landwirtschaft und dem Tourismus gingen zurück, und die Auslandsinvestitionen seien auf dem Rückzug. Um eine weitere Zuspitzung der Lage zu vermeiden, müssten sofort Finanzhilfen überwiesen werden, entweder in Form von Darlehen oder als Kredite zu Vorzugsbedingungen. „Es ist einfach keine Zeit mehr da“, sagte Barrow. Die Zusage der G-20 vom April in London, die armen Länder mit 1,1 Billionen Dollar zu unterstützen, reiche in keiner Weise aus. Alle Redner aus Entwicklungsländern sprachen sich für eine größere Rolle der Vereinten Nationen im Kampf gegen die Finanzkrise aus. Der Entwurf des Abschlussabkommens für die Konferenz zeichnet ein deprimierendes Bild vom gegenwärtigen Zustand der Weltwirtschaft: Millionen von Menschen verlieren Arbeitsplatz, Ersparnisse und Wohnung. Die Zahl der in äußerster Armut lebenden Menschen steigt um mehr als 50 Millionen. Die Zahl der hungernden und unterernährten Menschen steigt auf den bislang höchsten Wert von mehr als einer Milliarde.

Konsequenzen für Deutschland bis 2025

Wirtschaftliche Völkerwanderung

Entführung von Touristen zur Lösegelderpressung

Entführung von handelsführenden Fahrzeugen weltweit

Drehscheiben der Finanzen

Das Problem sei nicht nur, dass Steueroasen korrupten Diktatoren helfen, ihre Länder auszuplündern und die Beute in Sicherheit zu bringen. "Es geht um jedes Niveau von Korruption", sagt Christensen. Wenn Eigentümer von Firmen anonym bleiben können, "bekommt man Marktverzerrungen, Insiderhandel und etliche Formen von Korruption, die viele gar nicht mit Steueroasen in Zusammenhang bringen".

Offshore-Finanzplätze seien ein Grund für Armut in der Welt.

Die Steueroasen selbst allerdings können sich zumeist reich nennen. Die in der Regel sehr kleinen Länder halten nach Angaben der Bank für internationalen Zahlungsausgleich rund ein Sechstel der weltweiten Bankguthaben. Die Boston Consulting Group schätzte das gesamte Offshore-Vermögen 2003 konservativ auf neun Billionen Dollar. Inzwischen dürften es deutlich mehr sein, denn die wichtigsten Steueroasen verzeichnen hohe Wachstumsraten.

Die Cayman-Inseln registrieren jährlich rund 1000 neue Investmentfonds und sind nun bei gut 7500 angelangt. Vor allem **Hedgefonds** verzichten selten auf einen Ableger in der Karibik. Die Britischen Jungferninseln mit 23.000 Einwohnern verzeichnen mehr als 60.000 Firmengründungen im Jahr. Die kleine Inselgruppe in der Karibik ist die Heimat der Hedgefonds. Zwar sitzt das Management der meisten Fonds in London oder New York, doch ein Sitz auf den Cayman-Inseln ermöglicht ihnen riskantere Geschäfte. Auch etliche Konzernfinanzierungsgesellschaften haben hier Tochterunternehmen. Genau wie die Britischen Jungferninseln (Virgin Islands) gelten auch die Cayman-Inseln als Paradies für steuerfreie Scheingesellschaften.

Bermuda, wo sich die **Rückversicherer** tummeln, gilt der CIA laut ihrem World Fact Book mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 69.900 Dollar als das reichste Land der Welt – knapp vor Luxemburg, das sich ebenfalls dank niedriger Steuern und Bankgeheimnis als Zentrum der **Fondsbranche** etabliert hat.

Die Nordatlantinsel ist ein wichtiges Zentrum für Rückversicherer und **konzerneigene Versicherungen**. Die rund 1300 registrierten Versicherungen verwalten mehr als 300 Milliarden Dollar.

Hongkong: Das asiatische Finanzzentrum konkurriert mit Singapur um ausländische Investitionen. In der chinesischen Sonderwirtschaftszone ansässige Firmen müssen Kapitaleinkünfte aus dem Ausland nicht oder nur gering versteuern.

Dubai: Der Wüstenstaat lockt als Freihandelszone und Steueroase Kapital für die Zeit nach dem Ölboom an. Die Bundesregierung ist empört und droht, das Doppelbesteuerungsabkommen mit den Vereinigten Arabischen Emiraten nach 2008 nicht mehr zu verlängern.

Malta, seit 2004 Mitglied der EU, erstattet Holdings einen Großteil der Steuern, die deren maltesische Tochterunternehmen zahlen ("International Trading Companies", die kein Geschäft in Malta betreiben). Auf diese Weise sinkt die Steuerlast auf unter 5 Prozent. "Es ist ja gar nicht mehr notwendig, etwas kriminell zu machen", sagt Friedrich Schneider. "Sie können ganz legal Steuern sparen." Fast schon legendär in den Finanzabteilungen großer Unternehmen ist das "Malta-Modell".

Konsequenzen in Deutschland bis 2025

Zweite Blase mit noch mehr Vermögensverzehr

Soziale Spannungen

Sicherheitsdienste für Reiche

Zerstörung des Mittelstandes

WETTER

Im Vergleich zu den vergangenen 120 Jahren ist die Veränderung im jetzigen Jahrzehnt extrem ausgeprägt", sagte der Meteorologe Wolfgang Fricke vom Deutschen Wetterdienst (DWD) in einem Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur dpa.

"Wir entfernen uns immer schneller von der Situation, wie sie 1881 zu Beginn der Wetterklassifizierung geherrscht hat", sagte Fricke am Rande des Extremwetter-Kongresses in Bremerhaven.

Nach einer Analyse der Verteilungshäufigkeit von Wetterlagen kommt er zu dem Schluss: "Ich denke, dies ist das Ergebnis einer vom Menschen verursachten Entwicklung."

In seinen Analysen entdeckte Fricke für die Wintermonate einen starken Trend zu Großwetterlagen mit wechselhafter Witterung. Zugleich zählte er immer weniger Hochdrucklagen. "Insgesamt bedeutet dies, dass die Winter auch feuchter werden", erläuterte Fricke. "Im Sommer haben wir dagegen immer mehr Hochdrucklagen", so der Meteorologe.

Sowohl im Sommer als auch im Winter registrierte er eine Zunahme sogenannter Troglagen, einer besonderen Form von Tiefdruckgebieten, die mit starken Stürmen und Regen einhergehen können. Die Eigenschaften der einzelnen Wetterlagen veränderten sich ebenfalls – allerdings ohne gemeinsamen Trend. So stieg bei einigen Konstellationen die Durchschnittstemperatur an, bei anderen wiederum sank sie. In seiner Auswertung der Wetterdaten seit 1881 analysierte Fricke, wie oft 30 bestimmte Großwetterlagen auftraten. Vom Ende des 19. bis zum Ende des 20. Jahrhunderts registrierte der DWD-Experte eine nahezu kontinuierliche, aber langsam steigende Veränderung in der Häufigkeit von Wetterlagen. "Danach nahm das Tempo rasant zu", sagte Fricke.

Die wahrscheinlichste Ursache für die Veränderung ist nach seiner Ansicht ein vom Menschen verursachter Klimawandel.

Konsequenzen in Deutschland bis 2025

Fäule und Verpilzung im Baubereich

Vermehrte Korrosion von Maschinen und Fahrzeugen

Mürber Beton in der Infrastruktur (Kanalrohre, Brücken, Tunnel)

Steigende Verpilzung und Verkeimung in Kliniken und in der Lebensmittelproduktion